

# Die Mehrheit stimmte für die Öffnung der Schweiz : ein Abstimmungskommentar zum EWR-Nein

Autor(en): **Gross, Andreas**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **87 (1993)**

Heft 1

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143744>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Die Mehrheit stimmte für die Öffnung der Schweiz

## Ein Abstimmungskommentar zum EWR-Nein

*Am 6. Dezember 1992 haben Volk und Stände den Beitritt der Schweiz zum EWR abgelehnt. Das Volksmehr von 50,3 Prozent fiel äusserst knapp aus. Von den Kantonen stimmten 16 gegen und nur 7 für den EWR. Ein Graben zwischen Deutsch und Welsch, aber auch zwischen «unten» und «oben» wurde manifest. Wir wollten von Andreas Gross, einem linken Gegner des EWR, wissen, wie er dieses Abstimmungsergebnis beurteilt und was daraus für die Zukunft der Schweiz in Europa werden soll.* Red.

### Keine Siegesfreude

Es gab am 6. Dezember 1992 auch die *gute Nachricht*: Eine Mehrheit der über 3,5 Millionen stimmenden Schweizerinnen und Schweizer ist für eine Öffnung der Schweiz und möchte, dass die Schweiz auch politisch auf Europa zugeht.

Eine der vielen *traurigen Nachrichten* vom 6. Dezember: Die Vorlage, über die es abzustimmen galt, erlaubte es dieser Mehrheit nicht, sich zu finden und tatsächlich und institutionell einen Schritt der Schweiz in Richtung europäische Integration zu vollziehen. Weil eine Minderheit in der Nein-Mehrheit sich nicht mit einer einseitigen, wirtschaftslastigen Form der Integration abfinden wollte. Denn diese Minderheit konnte nicht akzeptieren, dass die totalitäre Hegemonie des Marktes noch mehr als bisher Politik und Demokratie – unser Recht also, das, was uns gemeinsam betrifft, auch zusammen bestimmen zu können – verdrängen würde.

Weil die Mehrheit der obsiegenden Mehrheit zu laut den Eindruck erweckte, sie fürchte sich vor der Öffnung, vermochte sie die gute Nachricht des Tages zu verbergen. So schien die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer nicht zu bemerken, dass eine Mehrheit unter ihnen für eine Öffnung und eine europäische Integration der Schweiz zu haben wäre. Doch es müsste eine andere Integrationsform sein als diejenige, die uns am 6. Dezember vorgelegt wurde.

Die Schweizerinnen und Schweizer hatten gar keine Chance, das geschichtlich Mögliche und Notwendige zu tun. So konnte sich auch die europafreundliche Minderheit unter den Neinsagenden weder als Siegerin fühlen noch sich richtig freuen am Ergebnis.

### Die Chancenlosigkeit der Schweiz am 6. Dezember 1992

Dass die Schweiz nicht die Chance hatte, am 6. Dezember das Richtige zu tun, beruht auf verschiedenen Gründen. Ein Grund liegt in der schweizerischen Geschichte der letzten 40 Jahre. Ein anderer betrifft Charakter und Substanz des Gegenstandes selber, über den geurteilt werden musste.

Eine selbstsüchtige und überhebliche, die eigene Autonomie überschätzende Mentalität, wie sie von der offiziellen Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg gehegt, gepflegt und teilweise noch 1989 («Diamant») und 1991 gefeiert wurde – letztlich auch, um die kollaborationistische Überlebensstrategie im Zweiten Weltkrieg zu verbergen –, kann sich nicht innert weniger Monate ändern. Es geht nicht ohne jahrelangen *kollektiven Lernprozess*, bis die Einsichten allgemein werden, dass wir transnational teilen müssen, dass wir weltweit, zumindest aber kontinental in einer Art Schicksalsgemeinschaft voneinander abhängig sind und dass unsere staatliche Eigenständigkeit von den Prozessen des Weltmarktes und seiner Entscheidungsstrukturen längst ausgehebelt wurde.

Dass dieser Lernprozess zur Überwindung einer anachronistischen Mentalität überfällig ist, hat die Schweiz spätestens 1986 beim *UNO-Debakel* schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen. Doch richtig ausgelöst worden ist er wohl erst 1989 mit dem «Fall der Mauer», dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und – im Sinne beschleunigten nationalen Lernens, was immer das willkommene Nebenprodukt von Abstimmungskampagnen ist – der GSoA-Abstimmung.

«Ausgelöst» heisst aber noch nicht «intensiv geführt». Dazu braucht es klare Konzepte, offene Dialoge und nicht zuletzt entsprechende Anlässe. Wer unter den Kandidierenden bei den letzten Nationalratswahlen trat schon mit einer klaren Aussage zur europäischen Integration an? Der *Bundesrat* selbst zögerte bis zum Herbst 1991, wollte erst «europafähig werden, um nicht zur Integration gezwungen zu werden», bis er im Mai 1992 dann doch ein offizielles Gesuch um Aufnahme von Beitrittsverhandlungen bei der EG in Brüssel deponierte – und dieses dann vor der EWR-Abstimmung wiederum verdrängte, verharmloste, hintanstellte, jedenfalls nicht positiv besetzte.

Doch auch die Sache selber war nicht geeignet, den notwendigen Lernprozess voranzubringen. Denn das «Konzept EWR» war eine *Delorssche Idee des Jahrgangs 1988*. Die EFTA-Staaten sollten am Binnenmarkt teilnehmen können, ohne dass sie in die EG integriert werden müssten, die Delors damals weder erweitern noch vertiefen wollte. Mit dieser Idee war es allerdings Ende 1989 bereits vorbei. Jetzt drängten mittelfristig nicht nur die neuen Demokratien Osteuropas in die EG, jetzt wollten sich auch Österreich, Schweden und Finnland nicht mit dem Mauerblümchen-Status eines EWR-Staates abfinden und stellten ihre Gesuche um Beitrittsverhandlungen. Delors war sofort klar geworden, dass sich eine Vertiefung und Verbreiterung der EG nicht mehr vermeiden liessen. Damit aber erschien die EWR-Konstruktion als veraltet und recht eigentlich obsolet, noch bevor sie richtig geboren worden war.

Dennoch fehlte dem Bundesrat der Mut, die *Fehlkonstruktion EWR* fallen zu lassen. Er versuchte dem Volk eine Form der Integration schmackhaft zu machen, die dem

mythologisch überhöhten Selbstverständnis der eigenen Souveränität in die Quere kam. Das konnte voraussehbar nicht gut gehen.

### **Das «Ende des aufgeklärten Despotismus» in der EG**

Zumal 1992 die Volksabstimmungen in *Dänemark und Frankreich* über die Maastrichter Verträge schon zum Wendepunkt in der Geschichte der EG geworden waren, noch bevor die Kampagne in der Schweiz über den EWR losging. Die gesellschaftlichen Gräben, die sich dabei in Dänemark und Frankreich zeigten, unterscheiden sich von jenen, die der 6. Dezember in der Schweiz zum Vorschein brachte, nicht besonders: Zwischen Privilegierten und Nichtprivilegierten, eher Mobilien und eher Sesshaften, Städtern und Landschäftlern, Eliten und Basen, Organisierten und Nichtorganisierten sind in allen drei Ländern Brüche feststellbar, die darauf hindeuten, dass es so etwas wie eine europäische Gesellschaft – auch eine solche mit tiefen sozialen Spannungen – durchaus gibt und dass die Schweiz dazu schon mehr gehört, als ihr bewusst ist.

Jacques Delors hat dies sofort bemerkt und schon in den Tagen vor der französischen Abstimmung in Strassburg erklärt: «Entweder kommt die EG näher zu den Europäerinnen und Europäern und wird demokratischer, oder sie hört auf zu sein.» Eine These, die Delors nach dem helvetischen Votum fast wörtlich bestätigte. Und «Le Monde» brachte es in einem Abstimmungs-kommentar vom 22. September 1992 auf den Punkt: «Das Ende des aufgeklärten Despotismus» in der EG sei gekommen. Was wiederum vielen Schweizerinnen und Schweizern zeigt, dass die EG selber in der Überwindung dessen begriffen ist, was den EWR negativ kennzeichnet.

Diese Erörterungen mögen theoretisch erscheinen. Doch sie bildeten den Stoff, aus dem eine Kampagne gemacht wurde, die auf beiden Seiten von *Angst, Angstmacherei und Unsicherheit* geprägt war, was entsprechend viel Aggressivität, ja Dämonisierungen und Projektionen zur Folge hatte. Von gemeinsamem Diskutieren und Lernen konnte nur noch selten die Rede sein. Entsprechend gross ist die Hypothek für den mittelfristigen

europäischen Lern- und Integrationsprozess. Sie kann nur abgebaut werden, indem wir den weiteren, vielfältigen Diskussionsprozess über solche und andere Thesen nicht scheuen.

## **Der Graben zwischen Deutsch und Welsch**

Diese gleichsam grundsätzlichen und europäischen Erhellungen des Abstimmungsergebnisses in der Schweiz wurden aus den Abstimmungskommentaren verdrängt durch den Graben, der sich zwischen denjenigen Kantonen zeigte, die sich zu Hans Saners «*transjurassischer Republik*» zählen können – inklusive einer Erweiterung um das Wallis –, und jenen der übrigen Deutschschweiz mit dem Tessin.

Doch auch dieser Graben ist nicht nur helvetisch gemacht, sondern durchaus von europäischem Interesse. Einerseits ist er erklärbar aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts, in der sich die Romandie und Basel von Frankreich nie bedroht gefühlt haben. Die Romandie sieht in Paris sogar ihre heimliche Hauptstadt und weiss, dass Französisch in Brüssel einen höheren Stellenwert einnimmt als in Bern. Die beiden Basel haben die Bundesrepublik wiederum genügend kennengelernt, um zu wissen, dass Deutschland heute trotz allem mit dem aggressiven Nazideutschland der 30er Jahre nicht gleichgesetzt werden darf.

Andererseits ist der «Röschigraben», der die beiden unterschiedlich sprechenden Landesteile voneinander trennt, die Konsequenz der politischen und wirtschaftlichen Majorisierung sowie der wenig verständnisvollen Art, mit der die deutsche Schweiz die Romandie in den letzten vierzig Jahren behandelt hat. Die Romands fühlten sich in den vergangenen Jahren mehr und mehr als koloniales Anhängsel, das im Mutterland wenig Gehör und Achtung findet. Entsprechend wenig konnten viele von ihnen der Demokratie abgewinnen, wo diese doch nicht verhinderte, dass sie die Opfer der Deutschschweiz und nicht als Partner ernst genommen wurden. Folgerichtig war unsere politische Demokratiekritik am EWR-Vertrag für die Romands weniger plausibel und relevant. (Einer ähnlichen Logik folgten m.E. auch viele linke Befürworterinnen und

Befürworter des EWR, die von den Ergebnissen der direkten Demokratie enttäuscht sind.)

Diese Tendenz wurde noch verstärkt durch die Tatsache, dass in den welschen Kantonen die direkte Demokratie ungleich jünger ist als beispielsweise in Zürich oder Bern und auch andere Elemente der politischen Kultur sehr anders ausgeprägt sind. Andererseits ist die Romandie von der Wirtschaftskrise tatsächlich viel stärker betroffen, so dass der wirtschaftliche Diskurs zugunsten des EWR einen günstigeren Nährboden fand.

## **Öffnung der Schweiz, Demokratisierung der EG, Verständigung mit der Romandie**

Wie mit diesem Ergebnis schweizerisch und europäisch nun umzugehen ist, darauf möchte ich in einem späteren Heft der Neuen Wege eingehen. Wir sollten uns nach einer halbjährigen intensiven Auseinandersetzung genug Raum schaffen, um miteinander überhaupt zu begreifen, was weshalb so passiert sein könnte, bevor wir uns ob der möglichen Handlungsperspektiven erneut in die Haare geraten. Dazu vorerst nur so viel: Wir müssen als aktive Bürgerinnen und Bürger an der Öffnung der Schweiz ebenso weiterarbeiten wie an der Demokratisierung der EG und an der Verständigung mit der Romandie. All dies sind Faktoren eines kommenden Prozesses, der uns einer ausgewogenen europäischen Integration näherbringt, in der die Öffnung nicht auf Kosten der Demokratie passiert und die Freiheit nicht zur nationalstaatlichen Fiktion verkommt.

Dass die neue Rechte in der Schweiz am 6. Dezember stärker geworden sei, glaube ich nicht. Sie war schon vorher stark genug. Ebenso hat der 6. Dezember bezüglich der *inneren Krise der Linken* lediglich zum Ausdruck gebracht, was vielen zu lange verborgen geblieben war. Beides können wir nur überwinden, wenn wir uns vermehrt in die Auseinandersetzung einbringen und es verstehen, die damit verbundenen Konflikte fruchtbar zu machen.